



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



November 2009

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Minarettverbot in der Schweiz
2. Maßnahmen der Integrationspolitik
3. Deutsch-türkische Lebenswelten
4. Studien über den Islam und zur Integration
5. Beziehungen zwischen der Türkei und der EU

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Pressespiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder sondern spiegeln Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen.

1. Minarettverbot in der Schweiz

Mit 57 Prozent stimmte Ende November eine Mehrheit der Schweizer im Rahmen einer Volksabstimmung dafür, den Bau von Minaretten künftig zu verbieten. Der Ausgang des Referendums bewirkte starke Kritik in den türkischen Medien.

Die ZAMAN titelt am 1.12. mit der Überschrift: „Schweiz steht nach Minarettverbot alleine da“ und verweist auf die Aussage des Generalsekretärs der Islamischen Weltkonferenz, dass die Entscheidung das Ansehen der Schweiz beschädigen könnte. Die HÜRRIYET zitiert den türkischen Kultur- und Tourismusminister Ertugrul Günay mit den Worten: „Die Schweiz könnte Nachsichtiger sein“. Nach Günay sei die Schweiz trotz ihrer Lage inmitten Europas sehr weit von der europäischen Kultur entfernt: „Leider sind in einem europäischen Land wie der Schweiz primitive Volksabstimmungen die Menschenrechte, Meinungs- und Glaubensfreiheit berühren möglich. Jede Religion hat ihre eigenen Symbole und Bildungen, die zum Glauben gehören und respektiert werden müssen. Ich hoffe, dass sich nach so einem Missgeschick auch positive Entwicklungen abzeichnen werden und die Lage zum Positiven wendet“.

Im Blick auf die Weigerung des Filmregisseurs Fatih Akin an der Premiere seines neuen Films „Soul Kitchen“ in der Schweiz teilzunehmen, spricht die SABAH am 4.12. von einem sinnvollen Protest: Das Minarettverbot stehe nach Ansicht Akins im Widerspruch zu Toleranz und Humanismus. Der Regisseur habe weiterhin erklärt, dass Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft durchaus unter einem gemeinsamen Dach leben könnten und Minarette nicht den politischen Islam symbolisierten, sondern Teil der Architektur der Gotteshäuser zu betrachten seien.

Von Minaretten als „neuem Medienmaterial“ und „dem neuen Baby der Medien“ spricht die ZAMAN am 04.12 und zitiert damit den Vorsitzenden des Wormser Ausländerbeirates, Carlo Riva. Die Diskussionen um Minarette würden künftig

weiter ausgeschlachtet, prognostiziert er und bezieht sich nach Darstellung der ZAMAN auf den niedersächsischen Justizminister Bernd Busemann. Busemann habe vor zwei Wochen erklärt, dass das Grundgesetz in Deutschland religiöse Minderheiten nach dem Recht auf freie Religionsausübung schütze. Dies betreffe auch Gotteshäuser mit Minaretten.

2. Maßnahmen der Integrationspolitik

Im November setzte sich die türkische Presse mit neuen Maßnahmen der deutschen Integrationspolitik auseinander. Hierzu gehören Initiativen wie beispielsweise Integrationsverträge aber auch Maßnahmen zur Förderung ethnischer Vielfalt bei der Polizei und die Einführung von Islamunterricht in Deutschland.

Integrationsverträge für Migrantinnen und Migranten

Am 24.11. titelt die HÜRRIYET „Migranten mit Vertrag“. Die Zeitung berichtet über ein Vorhaben der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, künftig einen Vertrag mit Menschen mit Migrationshintergrund zu schließen. Inhalt dieses Vertrages seien Rechte, aber auch Pflichten der Migrantinnen und Migranten, so die Zeitung. Menschen, die sich nicht an die Vertragsregelungen halten, drohe die Kürzung staatlicher Hilfsmittel, schreibt die Zeitung weiter. Kritisch bewertet die TÜRKIYE das geplante Instrument und spricht von einem „Zwangsvertrag“. Weiterhin bemängelt die Zeitung, dass jeder Unterzeichnende automatisch die Verpflichtung eingehe, sich an die Werte der deutschen Gesellschaft zu halten.

Türkischkurse für die Hamburger Polizei

Die SABAH berichtet am 17.11. von Türkischkursen an der Landespolizeischule in Hamburg. Sie meldet, dass die Beamten das Angebot sehr gerne entgegennahmen. Hintergrund der Sprachkurse sei vor allem, dass die Beamten nach Erlernen der Sprache vermehrt in Stadtvierteln eingesetzt werden könnten, in denen

ein hoher Anteil von Türkischstämmigen lebt, schreibt die Zeitung.

De Maizière fordert mehr Migranten bei der Polizei

Unter dem Titel „Sonderkampagne für Polizeidienst“ berichtet die SABAH am 18.11. über Äußerungen von Innenminister de Maizière zum Vorhaben, die Anzahl der Polizeibeamten mit Migrationshintergrund zu steigern. Deswegen werde bald eine Kampagne für den Polizeidienst initiiert, so de Maizière weiter. Der Bundesinnenminister habe außerdem die Forderung geäußert, „dass der Staat dafür sorgen muss, Migranten an der Gesellschaft teilhaben zu lassen“.

Deutschkurse für Imame

„In fünf Jahren wird es in Deutschland keinen Imam mehr geben, der kein Deutsch spricht“ meldet die ZAMAN am 14.11. Das seit langer Zeit geplante und von zahlreichen Politikern unterstützte Projekt sei nun endlich in Dortmund initiiert worden, meldet die Zeitung. Siebzehn Imame, die in Dortmund und Umgebung arbeiten, erhalten nun vier Mal wöchentlich je 3,5 Stunden Deutschunterricht, berichtet die Zeitung. DiTiB-Vorsitzender Sadi Arslan wird wie folgt zitiert: „Bevor die Imame ihre Arbeit in Deutschland aufnehmen, besuchen sie in der Türkei bereits einen sechsmonatigen Sprachkurs. Allerdings reicht dies für einen guten Spracherwerb nicht aus. Für den interkulturellen Dialog ist das Beherrschen der Sprache unabdingbar“.

Gründung eines Integrationsministeriums

Auch in diesem Monat wird die Forderung nach der Gründung eines Integrationsministeriums wiederholt. Am 12.11. berichtet die SABAH über ein Treffen zwischen türkischstämmigen Politikern und Thomas Elsner, dem Vorsitzenden des Integrationsbüros im Bundespräsidialamt. Die vor allem seit den Bundestagswahlen immer wiederkehrende Forderung nach der Gründung eines Integrationsministeriums sei auch auf diesem Treffen erneut geäußert worden. Man müsse die Integrationspolitik institutionell angehen und außerdem müsse die Regierung weitere Mittel für die Integrationspolitik bereitstellen, berichtet die Zeitung weiter.

Die TÜRKIYE schreibt am 13.11. über die kritische Position von Bilkay Öney (SPD), die sich gegen die Gründung eines Integrationsministeriums aussprach. Grund für ihre Ablehnung sei vor allem die Tatsache, dass mit der Errichtung eines solchen Ministeriums Menschen mit Migrationshintergrund ständig als Problem betrachtet würden, schreibt die Zeitung. Es sei sinnvoller, so Öney, die Befugnis weiterhin beim Bundeskanzleramt zu belassen. So könne die Bundeskanzlerin im Zweifelsfall noch immer Einfluss auf die Arbeit der verschiedenen Ministerien nehmen.

Ausbildung von Führungspersönlichkeiten mit Migrationshintergrund

Am 10.11. berichtet die ZAMAN über das *Leadership*-Projekt der Bertelsmann Stiftung. In den vergangenen zwei Jahren sollen je 30 junge Menschen mit Migrationshintergrund von dem Programm profitiert haben. Ziel des Projektes sei es, Menschen aus verschiedenen kulturellen Hintergründen so zu sensibilisieren und zu schulen, dass sie den Integrationsprozess in Deutschland positiv mitgestalten und ggf. auch Führungsposition in diesem Bereich übernehmen können. Die „Ausbildung“ bestehe u.a. aus Seminaren, Podiumsdiskussionen, Symposien und Lesungen, die am Wochenende stattfinden, berichtet die Zeitung weiter.

Lehrstuhl für islamische Theologie in Frankfurt

Die ZAMAN berichtet am 09.11. über die geplante Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Theologie der Goethe-Universität in Frankfurt. Der hessische Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) habe bekannt gegeben, dass das Land Hessen die Kosten für diesen Lehrstuhl tragen werde. Auch wird über Hahns Äußerungen zum islamischen Religionsunterricht an Schulen berichtet: Ihm sei sehr daran gelegen, den Plan des islamischen Religionsunterrichts in die Tat umzusetzen. Es sei ihm ein wichtiges Anliegen, dass der Islam in Deutschland als gleichwertige Religion angesehen werde, berichtet die Zeitung weiter.

Auszeichnung für Migrantinnen und Migranten der ersten Generation

Die ZAMAN berichtet am 07.11. von einer Veranstaltung der Stadt Frankfurt in

der Paulskirche, bei der Zuwanderinnen und Zuwanderer der ersten Generation eine Auszeichnung erhielten. Die Anerkennung und der Dank galten vor allem dem Beitrag, den die Migrantinnen und Migranten zur Kultur und Wirtschaft in Deutschland geleistet haben. Enis Gülegen, Vorsitzender der Kommunalen Ausländervertretung, wird wie folgt zitiert: „In unserer Stadt hat sich die Sichtweise der hier lebenden Migrantinnen und Migranten in den vergangenen 20 Jahren grundlegend zum Positiven gewandelt.“

Umsetzung des Nationalen Integrationsplans

Die TÜRKIYE berichtet am 06.11. über Aussagen der Bundesintegrationsbeauftragten Maria Böhmer zum Nationalen Integrationsplan. Es gelte nun, den nach dem Integrationsgipfel erarbeiteten Nationalen Integrationsplan umzusetzen, so Böhmer. Eine schnelle Umsetzung sei dienlich für beide Seiten. Böhmer wird wie folgt zitiert: „Den Migranten wird dadurch deutlich, welche Unterstützung sie erfahren und was von ihnen erwartet wird. Den Einheimischen wird deutlich, was sie selbst zum Gelingen der Integration beitragen können.“

3. Deutsch-türkische Lebenswelten

Über verschiedene Aktivitäten, Kooperationen und Diskussionen zwischen Deutschen und Türkischstämmigen, insbesondere über die Zukunft des türkischsprachigen Radios in Deutschland, berichteten die in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen im November.

Gemeinsam Opferfest feiern

Am 27.11. berichtet ZAMAN über die gemeinsame Feier von Politikern und Vertretern von Verbänden anlässlich des muslimischen Opferfestes und druckt die Grußbotschaft der Redner ab. Unter anderem waren Günther Beckstein, Christian Ude, Armin Laschet, Mustafa Imal, Yavuz Celik Karahan und Ahmet Acet eingeladen. Das Opferfest geht auf die Geschichte Abrahams zurück, der bereit war, seinen Sohn als Ausdruck seines Glaubens zu opfern. Diese Geschichte haben der

muslimische, christliche und jüdische Glauben gemein.

Türkischer Sprachunterricht in Niedersachsen

Am 19.11. titelt die ZAMAN „Nach über 26 Jahren wieder Freude über türkischen Sprachunterricht“. Der letzte türkische Sprachunterricht habe in weiterführenden Schulen in Niedersachsen im Jahre 1983 stattgefunden. Daher sei die Nachfrage zurzeit sehr groß, meldet die Zeitung. Obwohl der Unterricht gerade erst aufgenommen worden sei, hätten Eltern und Schüler bereits die Bitte an das türkische Konsulat gerichtet, die Anzahl der Unterrichtsstunden zu erhöhen, heißt es weiter.

Plädoyer für mehr türkische Pflegeeltern

Am 18.11. macht die ZAMAN mit dem Titel „Türken sollen Pflegeeltern werden“ auf. Hintergrund war die Feststellung, dass im vergangenen Jahr 133 türkischstämmige Kinder ihren Familien entzogen wurden und Unterkunft bei einer deutschen Familie fanden. Dies sei problematisch, da die Kinder dort sehr distanziert von ihrer Religion und ihrer Kultur aufwüchsen, kritisiert die Zeitung. Ekin Deligöz, Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, habe darauf hingewiesen, dass dies vor allem mit der niedrigen Bereitschaft türkischstämmiger Familien, solche Kinder bei sich aufzunehmen, zusammenhänge.

Die Grundsteinlegung der Kölner Zentralmoschee

Am 09.11. wird in der SABAH die Grundsteinlegung der Kölner Zentralmoschee kommentiert. Diese habe einen ganz besonderen symbolischen Wert, da zuvor ein Moscheebau in Deutschland selten eine solch rege gesellschaftliche Debatte verursacht habe, so Chefredakteur der Europa-Ausgabe Karaalioğlu. „Die deutsche Öffentlichkeit jedoch hat die Türken nicht daran gehindert, sich mit diesem Denkmal zu identifizieren“, erläutert der Autor. Im Gegenteil, die Türkischstämmigen hätten sogar Unterstützung bei ihrem Vorhaben erhalten und dies sei mehr als löblich. Es sei völlig gerechtfertigt, dass die deutsche Öffentlichkeit Neuheiten aus einem anderen Kulturkreis zum Teil kritisch gegenüberstehe, dieses Verhalten sei durchaus verständlich.

Mesut Özils Beitrag zur Integration

Die SABAH berichtet am 06.11. über den türkischstämmigen Fußball-Nationalspieler Mesut Özil. Dass er für die deutsche Nationalmannschaft spiele, sei ein Beitrag zur Integration, kommentiert der Fußballer von Werder Bremen folgendermaßen im Zeitungsbeitrag: „Mit meinem Engagement hoffe ich, der Integration junger Migranten behilflich sein zu können“.

Debatte: türkischsprachiges Radio

„Sie radieren das Türkisch aus“ titelt die HÜRRIYET am 04.11. über die weiteren Kürzungen türkischsprachiger Radiosendungen beim WDR. Nachdem muttersprachlicher Unterricht gekürzt und das Berliner Radio Multikulti zum Schweigen gebracht worden seien, stelle nun auch der Kölner WDR im hauseigenen Radiosender Funkhaus Europa einige türkischsprachige Sendungen ein, moniert die Zeitung. Am 06.11. zitiert die HÜRRIYET den ehemaligen Direktor der türkischsprachigen Sendungen von Funkhaus Europa, Yüksel Pazarkaya, mit folgenden Worten: „Die drei Millionen Türkischstämmigen in Deutschland haben ein Recht auf diese Sendungen. Den Menschen dieses Recht zu nehmen, wäre ein großer Fehler.“ Auch am 10.11. wird das Thema wieder aufgegriffen. Die Kürzung des Programms widerspreche der Sprach- und Kulturpolitik der EU und würde zusätzlich einen enormen Imageschaden für den WDR bedeuten, mahnt die Zeitung.

Die ZAMAN berichtet am 12.11., dass die Einsparungsmaßnahmen des WDR dazu führten, dass Serpil Eryilmaz, verantwortliche Direktorin für die türkischsprachigen Sendungen, ihre Stelle kündigte.

Auch in der MILLIYET wird das Thema am 13.11. behandelt. Den Widerstand der türkischen Organisationen zu den Kürzungsplänen des WDR beschreibt die Zeitung mit dem Titel „Aufruf an den WDR“. Die Zeitung berichtet, dass zahlreiche Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen das Kürzungsvorhaben als „Schlag gegen die Muttersprache“ sähen.

4. Studien über den Islam und zur Integration

Von Wertesystemen der Migranten bis zum Türkeibild in Europa wurden verschiedene nationale und internationale Studien zu den Themenfeldern Islam und Integration von den türkischen Zeitungen in November aufgegriffen.

Studie über das Wertesystem von Türkischstämmigen

Am 20.11. berichtet die ZAMAN über eine Studie des Liljeberg Forschungsinstituts. Thema der Studie war das Wertesystem von türkischstämmigen Menschen. Den Ergebnissen zufolge stimmen das Wertesystem von Türkischstämmigen und Deutschen in weiten Teilen überein. Gerade soziale Themen wie beispielsweise Familie, Friede oder Demokratie seien für beide Gruppen von gleicher Wichtigkeit, berichtet die Zeitung weiter über die Ergebnisse der Studie.

Die SABAH nimmt in ihrer Berichterstattung Bezug auf einen ganz anderen Aspekt: 42 Prozent der befragten Türkischstämmigen in Deutschland, zögen in Erwägung, in die Türkei zurückzuziehen, schreibt die Zeitung: „Jugendliche liebäugeln mit der Türkei“.

Umfrage zum Türkeibild in europäischen Ländern

Am 19.11. berichtet die ZAMAN über eine Umfrage, die die Boğaziçi Universität Istanbul u.a. in Kooperation mit der Universität Granada durchgeführt hat. Thema der Studie war zum Einen das Selbstbild einiger europäischer Länder und zum Anderen die vorherrschende Sicht und Wahrnehmung der Türkei. Befragt wurden Menschen in Deutschland, Frankreich, England, Spanien und Polen. Die Zeitung fasst einige Ergebnisse dieser Umfrage wie folgt zusammen: auf die Frage, was die Hauptdeterminante für die individuelle Wahrnehmung der Türkei sei, antworteten 40,4 Prozent der befragten Europäer mit „kulturelle Faktoren“, 26,8 Prozent der Befragten mit „wirtschaftliche Faktoren“ und für 26 Prozent waren dies „politische Faktoren“. Diese Haltung begründeten 51 Prozent der befragten

Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei mit der Tatsache, dass die Türkei ein muslimisches Land sei. Dies sei mit den christlichen Wurzeln der EU unvereinbar. Die Frage, ob die Türkei geographisch zu Europa gehört, beantworteten 15,8 Prozent der Beitrittsgegner mit nein. Der These, dass ein EU-Beitritt der Türkei den Kampf der Zivilisationen verhindern könne, stimmten 43 Prozent der Befragten zu, während 54 Prozent diese Annahme ablehnten. 57 Prozent der Befragten gaben an, dass sie es als ungerecht empfänden, wenn das der Türkei gegebene Beitrittsversprechen nicht eingehalten würde.

Studie zur internationalen Religiosität

Am 18.11. verkündet die MILLIYET, dass Türken die religiösesten Menschen seien. Sie bezieht sich hierbei auf eine Studie der Sabanci Universität Istanbul, die die Religiosität der Türken im internationalen Vergleich thematisierte. Der hohe Grad der Religiosität in der Türkei stelle selbst Länder wie Polen oder Portugal in den Schatten, in denen Religion ebenfalls eine sehr wichtige Rolle spiele, so die Zeitung weiter.

Nordrhein-westfälische Studie zu Sprachkenntnissen

Am 17.11. berichtet die SABAH über eine in Nordrhein-Westfalen durchgeführte Studie zum Thema Sprachkenntnisse. Die Ergebnisse legen dar, dass jedes vierte Kind über unzureichende Sprachkenntnisse verfügt, berichtet die Zeitung. 41.000 Kinder, die im Schuljahr 2011/12 eingeschult werden, hätten einen zusätzlichen Förderbedarf. Dies habe der „Delfin 4“-Sprachtest ergeben.

Studie zur Ausgrenzung in Europa

Am 17.11. berichtet die TÜRKIYE über eine Studie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Die Studie thematisiert das Problem der Ausgrenzung in Europa. Die Wissenschaftler kamen zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich jeder zweite Mensch in Europa, Menschen mit einem anderen religiösen Hintergrund oder aber Menschen mit Migrationshintergrund mit Vorurteilen entgegenrete.

Teilnahme Türkischstämmiger an den Integrationskursen

„Türkische Zuwanderer sind besonders eifrige Besucher von Integrationskursen“, berichtet die SABAH am 16.11. Dies sei das Ergebnis einer Anfrage, die Sevim Dağdelen, Bundestagsabgeordnete für die LINKE, an die Bundesregierung gestellt habe. Der Befund widerlege eindeutig, die zuvor kundgetane Vermutung, dass mehr als 40 Prozent aller Türkischstämmigen nicht an den Integrationskursen teilnahmen, so die Zeitung.

Wechsel von Hauptschulen auf höhere Schulformen

Am 05.11. berichtet die ZAMAN über Untersuchungen des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS). Die Wissenschaftler hätten festgestellt, dass mittlerweile der Wechsel von Hauptschulen auf Realschulen bzw. Gymnasien immer unwahrscheinlicher geworden sei. Die Zeitung berichtet über aktuelle Statistiken, die auch dem nordrhein-westfälischen Schulministerium vorlägen: diese besagten, dass nur 10 Prozent aller Schulwechsel in Richtung einer höheren Schulform geschehen würden. Bei den übrigen 90 Prozent erfolge der Wechsel hin zu einer niedrigeren Schulform. Prof. Dr. Bos, Leiter des IFS, habe zudem betont, dass der Wechsel zum Gymnasium immer schwieriger geworden sei. Deshalb zeigte er den zweiten Bildungsweg als mögliche Alternative auf.

Am 11.10. berichtet die ZAMAN unter dem Titel „Nicht einmal Hauptschullehrer glauben an eine Zukunftsperspektive ihrer Schule“ über die Hauptschule. Thematisiert wurden die Ergebnisse einer Umfrage, an der 757 Schulleiter und Lehrer von Hauptschulen teilgenommen hatten. Die Untersuchung ergab, dass lediglich 8,6 Prozent der Hauptschullehrer daran glauben, dass die Hauptschule ihren Schülern eine Zukunftsperspektive gebe. 9,5 Prozent der befragten Schulleiter teilten diese Meinung. Die Zeitung berichtet außerdem kurz über die Forderung der nordrhein-westfälischen Opposition, die Hauptschule abzuschaffen. Die Schulministerin von Nordrhein-Westfalen, Barbara Sommer (CDU), hingegen halte weiter an der Hauptschule fest und versuche stattdessen, die Bildungsqualität dieser Schulen zu steigern.

Robert-Koch-Institut: Studie zu Essstörungen von Migranten

Am 02.11. berichtet die HÜRRIYET über eine Studie des Robert-Koch-Instituts zum Thema Ernährung. Die Studie weise nach, dass Kinder mit Migrationshintergrund doppelt so oft an Essstörungen leiden, wie ihre deutschen Altersgenossen. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, dass Kinder mit Migrationshintergrund zwischen zwei Kulturen hin und her schwanken. Ein weiterer Grund sei die Tatsache, dass Familien mit Migrationshintergrund insgesamt traditionellen Familienmustern folgen, gleichzeitig aber versuchen, modern zu leben.

5. Beziehungen zwischen der Türkei und der EU

Die Reaktionen auf den Besuch des hessischen Ministerpräsidenten in der Türkei und die geplante Einführung von islamischem Religionsunterricht in Deutschland waren positiv. Auch der Besuch des britischen Außenministers David Miliband wurde gewürdigt.

Türkeibesuch von Roland Koch

Der Besuch des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch ist am 12.11. Thema in der ZAMAN. Bei seinem Besuch tauschte er sich u.a. mit Egemen Bağış, dem türkischen EU-Verhandlungsführer, aus. Hintergrund des Treffens sei vor allem Kochs Ziel, islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen einzuführen. Hierzu habe Koch vor Ort Informationsgespräche führen und sich eine Meinung bilden wollen, so die Zeitung weiter. Der Ministerpräsident wird wie folgt zitiert: „Ich habe während meines Besuches viele wichtige Dinge erfahren. Wir haben uns sowohl über die deutsch-türkischen Beziehungen als auch die Beziehungen des Landes zur EU ausgetauscht. Uns ist sehr an der Kooperation mit der Türkei gelegen und wir sind uns der politischen wie auch der strategischen Wichtigkeit dieses Landes durchaus bewusst.“ Auch sei der Ministerpräsident auf seinen vergangenen Wahlkampf angesprochen worden, der in der türkischen Gemeinschaft für viel Aufregung gesorgt hatte. In diesem Zusammenhang zitiert die ZAMAN Roland Koch wie folgt: „Zu der Zeit war es so, aber heute sehen wir

die Türkischstämmigen viel positiver. Wir arbeiten gemeinsam mit ihnen an der Integration. Die Türkischstämmigen und auch die Türkei sind unsere Verbündeten.“

England unterstützt den Demokratisierungsprozess der Türkei

Am 06.11. berichtet die HÜRRIYET über den Besuch des britischen Außenministers David Miliband in der Türkei. Der Besuch habe vor allem als Signal gedient, um der Türkei zu zeigen, dass England den Demokratisierungsprozess der Türkei unterstütze, so die Zeitung. Der Außenminister habe bei seinem Besuch im türkischen Parlament gesagt, dass der angestrebte Demokratisierungsprozess der Türkei sich positiv auf die Beitrittsverhandlungen niederschlagen werde, berichtet die Zeitung.

Forderung nach mehr Offenheit im Beitrittsprozess

Am 10.11. titelt die TÜRKIYE wie folgt: „Baut keine neuen Mauern auf!“ und zitiert damit den türkischen EU-Verhandlungsführer Egemen Bağış zu den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU. Gewisse Kreise versuchten in den EU-Erweiterungsgesprächen immer wieder, eine Mauer gegen den „neuen Osten“ aufzubauen, monierte Bağış. Es bedürfe unbedingt einer offenen Perspektive für den Beitritt der Türkei. Andernfalls werde „es zwischen dem Osten und dem Westen Europas zu einer neuen gedanklichen Mauer kommen“, so der Verhandlungsführer weiter.

Annäherung zwischen dem Westen und der Türkei

Die **SABAH** titelt am 16.11. „Wir dürfen die Türkei nicht verlieren!“ und zitiert damit Eckart Cuntz, den deutschen Botschafter in der Türkei. Cuntz wies daraufhin, dass die Türkei eine wichtige regionale Größe sei, die durch den Beitrittsprozess zur EU weiter gestärkt wurde. Es sei falsch zu behaupten, die Türkei entferne sich vom Westen. Vielmehr finde eine Annäherung statt, so der Botschafter weiter.